https://strategic-culture.su/news/2026/11/13/european-leaders-dont-want-peace-so-why-should-they-be-talks/

Die europäischen Staats- und Regierungschefs wollen keinen Frieden – warum sollten sie also an Verhandlungen teilnehmen?

Solange die europäischen Staats- und Regierungschefs keine echte Bereitschaft zum Frieden zeigen, indem sie die Rechte Russlands achten, muss Russland seine Bedingungen durchsetzen, indem es seine Feinde militärisch besiegt. Moskau ist offen für Friedensgespräche. Die Europäer sind es definitiv nicht.



13. November 2026 | Editorial

Eine Woche voller hochrangiger politischer Treffen lässt auf erneute Bemühungen um eine Friedenslösung für den seit fast fünf Jahren andauernden Krieg in der Ukraine schließen. Nachdem die Republikanische Partei von Präsident Trump bei den US-Zwischenwahlen am 3. November die Kontrolle über den Kongress verloren hat, ist das Weiße Haus vielleicht auf der Suche nach guten Nachrichten.

Ist das Streben nach Frieden aufrichtig oder nur ein Schachzug? Was passiert, wenn die Demokraten in zwei Jahren ins Weiße Haus zurückkehren? Eines ist jedoch sicher: Die derzeitigen europäischen Staats- und Regierungschefs haben nicht die Absicht, über Frieden zu verhandeln. Sie verharren weiterhin in ihrer anti-russischen Kriegsmentalität.

Am 10. und 11. November fanden in Abu Dhabi weitere trilaterale Verhandlungen zwischen den USA, Russland und der Ukraine statt, nachdem dieses Format mehrere Monate lang offenbar ins Stocken geraten war. Trump entsandte seine Unterhändler Steve Witkoff und Jared Kushner, um zwei Tage lang Gespräche mit russischen und ukrainischen Delegierten zu führen. Bei diesem Treffen gab es zwar keinen nennenswerten Durchbruch, es wurde jedoch als konstruktiv beschrieben. Man einigte sich auf einen Austausch von Kriegsgefangenen sowie auf ein weiteres Folgetreffen, das in Kürze stattfinden soll.

Witkoff und Kushner flogen daraufhin am 12. November nach Moskau, um sich dort zweieinhalb Stunden lang mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinen Beratern zu treffen. Auch

dieses Gespräch wurde als „konstruktiv“ bezeichnet. Putin erklärte den amerikanischen Gesandten, dass Russland an seinen Forderungen hinsichtlich territorialer Ansprüche und der Notwendigkeit einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur festhalte, wie sie Moskau Ende 2021 dargelegt hatte – einschließlich des Rückzugs der NATO-Truppen, die die Sicherheit Russlands bedrohen.

Die amerikanische Seite schien sich die russische Position zur Notwendigkeit einer Lösung umfassenderer Fragen anzuhören. Anschließend flogen Witkoff und Kushner am Abend des 12. November nach Dublin, um sich mit dem nicht gewählten ukrainischen Präsidenten Selensky zu treffen, der sich anlässlich eines zweitägigen EU-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs, das am 13. November, in Irland aufhielt.

Unterdessen waren die europäischen Staats- und Regierungschefs verärgert, weil sie nicht in die trilateralen Gespräche in Abu Dhabi einbezogen worden waren. Eine europäische Delegation reiste in die Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Emirate, doch Russland weigerte sich, sie zum Haupttreffen zuzulassen. Warum? Moskau erklärt, die europäischen Staats- und Regierungschefs seien nicht ernsthaft daran interessiert, sich für eine langfristige Friedenslösung einzusetzen. Daher wäre ihre Einbeziehung zum jetzigen Zeitpunkt nicht konstruktiv.

Der Kreml-Berater Juri Uschakow und andere russische Regierungsvertreter wiesen darauf hin, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs zwar von Frieden sprechen, alle Anzeichen jedoch darauf hindeuten, dass sie den Krieg in der Ukraine gegen Russland fortsetzen wollen. Zu diesen Anzeichen zählen der Ausbau der NATO-Streitkräfte im Baltikum an der Grenze zu Russland sowie die Stärkung der Drohnen- und Raketenkapazitäten in Zusammenarbeit mit der Ukraine.

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz schlug diese Woche vor, im nächsten siebenjährigen EU-Haushalt mehrjährige finanzielle und militärische Hilfe für die Ukraine festzuschreiben. Merz droht damit, den Haushalt zu torpedieren, sollten sich nicht alle 27 EU-Mitgliedstaaten bereit erklären, der Ukraine neue Hilfsgelder in Höhe von mehreren zehn Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Bei seiner Haltung geht es nicht darum, Frieden zu schaffen, sondern vielmehr darum, sicherzustellen, dass das Regime in Kiew als Stellvertreter gestützt wird, um auf unbestimmte Zeit Krieg gegen Russland zu führen.

Russlands Botschafter bei den Vereinten Nationen erklärte diese Woche vor dem Sicherheitsrat, dass Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere NATO-Mächte „ihre Bevölkerung darauf vorbereiten, bis 2030 gegen Russland in den Krieg zu ziehen“. Die massiven Aufrüstungsbemühungen und die unerbittliche anti-russische Panikmache aus den europäischen Hauptstädten widerlegen ihre Behauptungen, Frieden in der Ukraine zu wollen.

Während des EU-Gipfels in Dublin wurde Selensky von den Staats- und Regierungschefs wie üblich mit Samthandschuhen angefasst, obwohl sein Regime in Korruptionsskandale verwickelt ist und ihm vorgeworfen wird, drakonische Einberufungskampagnen und Folterzentren zu betreiben, um ukrainische Männer dazu zu zwingen, an der Front in den Tod geschickt zu werden.

Deutschlands Merz und der französische Präsident Emmanuel Macron lehnten Russlands Forderung nach einer neuen europaweiten Sicherheitsarchitektur ab, die gleiche und unteilbare Sicherheit für alle Nationen, einschließlich Russland und der Ukraine, gewährleistet.

Auf dem EU-Gipfel wiederholte die oberste Diplomatin der Union, Kaja Kallas, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine vor jeglichen abschließenden Friedensverhandlungen. Moskau hat diesen Vorschlag konsequent als undurchführbar abgelehnt, da ein solcher Waffen-

stillstand nach russischer Auffassung vom Kiewer Regime und seinen NATO-Unterstützern als Atempause ausgenutzt würde, um sich für weitere Feindseligkeiten wieder aufzurüsten.

Macron und Merz sowie das Nicht-EU-Mitglied Großbritannien (die sogenannten E3) bestehen zudem darauf, dass im Falle eines Waffenstillstands NATO-„Friedenstruppen“ in die Ukraine entsandt werden. Auch hier vertritt Russland die Auffassung, dass ein solcher Einsatz einer Ausweitung des Krieges gleichkäme.

Russland hat Recht: Die Europäer sollten nicht zu den Friedensgesprächen zugelassen werden, weil sie keinen Frieden wollen. Sie wollen Krieg, und sie wollen Russland besiegen. Europäische Politiker wie Merz, Macron, Kallas und Ursula von der Leyen wollen nur am Verhandlungstisch sitzen, um diesen mit inakzeptablen Forderungen zu untergraben. Sie sind nicht ernsthaft daran interessiert, Russlands Standpunkt anzuhören und einen gemeinsamen Sicherheitsvertrag auszuarbeiten. Ihre Mentalität ist von Russophobie geprägt.

An dieser Stelle wirft die amerikanische Haltung Fragen auf. Nach ihrem Treffen in Moskau bestehen Trumps Gesandte darauf, dass die Europäer in die nächste Runde der multilateralen Verhandlungen einbezogen werden.

Kushner und Witkoff erklärten nach ihrem Treffen mit Selensky in Dublin, dass Europa mit am Verhandlungstisch sitzen müsse.

Nun, theoretisch könnten die Europäer zu einem späteren Zeitpunkt in die Gespräche einbezogen werden. Genau das hatte Russland vorgeschlagen, als es Ende 2021 – noch bevor der Stellvertreterkrieg im Februar 2022 eskalierte – seine Vorschläge für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur vorlegte. Damals wurde das Angebot Russlands vom demokratischen US-Präsidenten Joe Biden und den europäischen NATO-Verbündeten kurzerhand abgelehnt, ohne dass es überhaupt in Betracht gezogen wurde.

Trump scheint die Bedingungen Russlands für einen dauerhaften Frieden in der Ukraine und in Europa anzuerkennen. Er hat erklärt, dass die Ukraine in Erwägung ziehen müsse, auf territoriale Ansprüche zu verzichten.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs hingegen haben kein solches Interesse daran, ein gemeinsames Friedensabkommen zu erzielen. Sie befinden sich nach wie vor im Modus eines Stellvertreterkriegs, und daran dürfte sich unter der derzeitigen Führung nichts ändern.

Wenn Washington darauf besteht, solche Russophoben an den Verhandlungstisch zu holen, gibt es keine Chance auf Frieden. Verhandlungen mit Kriegstreibern und Russland-Hassern sind sinnlos und führen nur ins Leere. Deshalb wollen die Europäer einen Platz am Verhandlungstisch: um sicherzustellen, dass keine Einigung erzielt wird und der Krieg weitergeht, um – ihrer abscheulichen Ansicht nach – Russland zu schwächen.

Solange die europäischen Staats- und Regierungschefs keine echte Bereitschaft zum Frieden zeigen, indem sie die Rechte Russlands achten, muss Russland seine Bedingungen durchsetzen, indem es seine Feinde militärisch besiegt.

Moskau ist offen für Friedensgespräche. Die Europäer sind es definitiv nicht. Was die Agenda der Trump-Regierung angeht, so ist diese fragwürdig, da Washington offenbar darauf besteht, Europa einzubeziehen.